

Krisensymptome

Frühjahr 2015: Die Schreckensmeldungen vom Mittelmeer reißen nicht mehr ab. Am 14. April sterben 400 Migranten, ihr seeuntaugliches Boot geht vor der libyschen Küste unter. Nur wenige Tage später, vom 18. auf den 19. April, kentert ein völlig überladenes Boot auf dem Weg von Libyen nach Italien. Die Medien melden 700 ertrunkene Menschen (Ultsch & Prior & Nowak 2017).¹ Die meisten Migranten aus Afrika und dem Nahen Osten konnten nicht schwimmen, wenige trugen Rettungswesten. Nur 28 Menschen wurden angeblich gerettet (Reinsch 2015). Am Ende des Jahres werden es tausende sein, die den Weg nicht geschafft haben.

Aber so schauerlich die Bilder waren, die in diesen Monaten nach Mitteleuropa gelangten, noch hatte dieses Geschehen mit der Lebenswirklichkeit der Europäer wenig zu tun. Da erreicht am 27. August die Öffentlichkeit eine Nachricht, die der gesellschaftlichen Wahrnehmung eine neue Richtung gibt. In einem in Österreich an der Autobahn bei Parndorf abgestellten Kühllastwagen, der aus Ungarn gekommen war, findet die Polizei 71 tote Migranten. 59 Männer, acht Frauen und vier Kinder aus Syrien, Irak, Afghanistan und Iran waren im Laderaum erstickt. Das ist der Moment, an dem sich die Balkanroute in das Bewusstsein der Öffentlichkeit bringt (Reinsch 2015; Gathmann 2016). Die Migrationskrise² war in Mitteleuropa angekommen und begann die deutsche und europäische Öffentlichkeit in Atem zu halten. Dass dieser

1 Später wird die Opferzahl auf 500 korrigiert werden (Ultsch & Prior & Nowak 2017).

2 Der hier verwendete Begriff der Migrationskrise schließt sich der Terminologie von Udo Di Fabio an, der diesen Begriff in seinem im Januar 2016 für die

Tod mitten in Europa geschah, wühlte viele Menschen auf und schuf nicht nur in Deutschland eine breite Bereitschaft zu humanitärer Hilfe. Für den medialen Schreckensgipfel aber sorgten die Medien nur ein paar Tage später am 2. September, als sie die erbarmungswürdigen Bilder eines kleinen kurdischen Jungen verbreiteten, der tot an den türkischen Mittelmeerstrand von Bodrum geschwemmt worden war. Diese Fotos emotionalisierten die öffentliche Debatte um die Flüchtlingspolitik der EU in einem bislang nicht gekannten Ausmaß (Geldermann 2016).

Als Flüchtlinge und Migranten schließlich das Straßenbild deutscher Städte und Dörfer zu verändern begannen, dämmerte vielen Menschen, dass sie gerade von einer Wirklichkeit ganz neuer Art eingeholt wurden. Die einen begrüßten die Ankömmlinge mit Refugee-Welcome-Rufen, andere protestierten gegen Flüchtlingsunterkünfte. Die einen erblickten im Flüchtlingsstrom die Gelegenheit, ihre Sehnsucht nach einem humanitären Großprojekt zu stillen. Bei den anderen begannen die Flüchtlinge Unsicherheit und Angst auszulösen. Die einen wie die anderen aber wurden Zeugen eines offensichtlichen Kontrollverlustes der Politik. Manche nannten es sogar Staatsversagen. Sein Kennzeichen war das halb freiwillige, halb unfreiwillige Herantasten der Politik an die Grenzen der Belastbarkeit von Staat und Gesellschaft. Die Migrationskrise spaltete die deutsche Gesellschaft, geht man nach den Meinungsumfragen. Und diese Spaltung hält auch im Jahre 2020 unvermindert an. Doch das war noch nicht einmal die ganze Wahrheit. Der Riss zwischen humanitärem Impuls und der Sorge um das berechtigte Eigeninteresse des Landes schien durch die Menschen selbst hindurch zu gehen. Die Orientierungslosigkeit der „politisch-medialen Klasse“ (Werner Patzelt)

Bayerische Staatsregierung verfassten Rechtsgutachten „Migrationskrise als föderales Verfassungsproblem“ verwendet. Der Begriff der Migrationskrise gibt den Umstand wieder, dass es sich bei dem „Massenzustrom“ (siehe Richtlinie des Rates 2001/55/EG vom 20. Juli 2001 und Art. 78 Abs. 2c bzw. Art. 80 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV)) nicht nur um Flüchtlinge im Sinne der GFK, also um Menschen auf der Flucht vor Krieg und Bürgerkrieg, handelt, sondern in der Mehrzahl um Menschen, die auf der „Flucht“ vor wirtschaftlicher Perspektivlosigkeit, mithin auf der Suche nach einem besseren Leben sind.

verunsicherte sogar Bürger, die sich in der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit engagiert hatten. Das Fehlen einer überzeugenden Perspektive stellte im Herbst 2015 den Glauben der Bürger an die Fähigkeit des politischen Führungspersonals, die Migrationskrise meistern zu können, auf eine harte Probe. Fehleinschätzungen, Illusionen und voluntaristische Affekte („Wir schaffen das“) bereiteten auch immigrationsfreundlichen Bürgern Kopfzerbrechen.

Nach einer ersten Phase der Euphorie, die die Medien nach Kräften befeuert hatten, begann die Politik ein durch und durch widersprüchliches Bild abzugeben. So beschworen deutsche Politiker monatelang die Notwendigkeit, die unkontrollierte Massenimmigration zu kanalisieren und die Außengrenzen der EU zu schützen. Aber sie zeigten sich empört, als die Staaten der sogenannten Balkanroute Maßnahmen zur Eindämmung der Flüchtlingsströme trafen und Sperranlagen errichteten. Bundeskanzleramtsminister Peter Altmaier forderte ein ums andere Mal, die Abschiebung von nicht bleibeberechtigten Immigranten zu forcieren, um Platz für „die wirklich schutzbedürftigen Flüchtlinge“ zu schaffen. Trotzdem fanden nur wenige Abschiebungen statt, wie Innenminister de Maizière kritisierte. Bundeskanzlerin Merkel kündigte im Januar 2016 an, die meisten Flüchtlinge müssten über kurz oder lang in ihre Heimat zurückkehren, der niedersächsische Ministerpräsident Weil prognostizierte nur kurze Zeit später das genaue Gegenteil. Auch der Satz von Merkel, das Grundrecht auf Asyl kenne keine Obergrenzen, legte eine falsche Spur. Denn die rechtlichen Anforderungen an die Anerkennung als politischer Flüchtling im Sinne von Art. 16 a GG sind so hoch, dass in ihren Genuss ohnehin nur wenige tausend Flüchtlinge kamen. Insofern war die Auseinandersetzung um Obergrenzen nur eine Scheindiskussion. Sie diente den Beteiligten vor allem zur öffentlichkeitswirksamen Markierung ihrer politischen Positionen.

Fast gleichzeitig mit ihrer „Wir schaffen das“-Losung hatte Merkel im September 2015 auch die Maxime von der „schnellen Integration“ der Flüchtlinge und Migranten ausgegeben. Diese Parole war schon deshalb ein Widerspruch, weil der Flüchtlingsstatus gerade kein Recht auf dauerhafte Einwanderung gewährt. Der Flüchtlingsstatus vermittelt nur einen vorübergehenden Aufenthalt, der dann endet, wenn den Flüchtlingen in

ihren Herkunftsländern keine unmittelbare Gefahr für Leib und Leben mehr droht. So jedenfalls die rechtliche Absicht. Der Unterschied zwischen Flüchtlingen, legalen und illegalen Einwanderern wurde damit von Anfang an verwischt.

Die Zwänge einer humanitären Bewältigung der Migrationskrise verdeckten für kurze Zeit das Phänomen einer beispiellosen Masseneinwanderung und die Frage, wie die Immigranten in die Aufnahmegesellschaft eingegliedert werden sollten. Die optimistische Parole einer „schnellen Integration“ wurde von Medien, Helfern, Amtsträgern und politisch Verantwortlichen in den Landkreisen und Gemeinden gerne aufgegriffen. Die „schnelle Integration“ wurde zum blassen Hoffnungs-schimmer für all diejenigen, die angesichts einer Entwicklung, die in der EU-Terminologie als „Massenzustrom“³ bezeichnet wird, von Gefühlen der Hoffnungslosigkeit heimgesucht worden waren. Eine Mentalität des autosuggestiven Mutmachens griff um sich. Der beinahe beliebig interpretierbare Begriff der Integration bildete dabei das dünne Eis eines migrationspolitischen Konsenses, der die im Bundestag vertretenen Parteien einte und die vermeintliche Mehrheit der Gesellschaft einschloss. Vergessen schien, dass in Deutschland all die Jahre davor eine verbissene Diskussion über die These der gescheiterten Integration vor allem muslimischer Einwanderer stattgefunden hatte. Unter dem Eindruck nicht enden wollender Flüchtlingszüge, die im Herbst 2015 über die deutsch-österreichische Grenze rollten, bekam das Eis jedoch Risse. Zur Parole „Wir schaffen das“ gesellten sich die ersten „Wir schaffen es nicht“-Rufe, die bald auch in ein „Wir wollen es gar nicht schaffen“ (Norbert Bolz) umschlugen. Anfangs übertönte der „humanitäre Imperativ“ (Angela Merkel) noch die aufkeimenden Bedenken. Aber immer mehr zeigte sich, dass die Vorstellungen weit auseinanderlagen.

Die Unterschiede lagen jedoch weniger zwischen den Bundestagsparteien. Sie taten sich vielmehr zwischen dem moralisch aufgeladenen Zweckoptimismus der politisch-medialen Eliten und den düsteren Vorahnungen einiger kritischer Politiker, Journalisten, Intellektueller und eines immer größer werdenden Teils der Gesellschaft auf. Das

3 Siehe Richtlinie des Rates 2001/55/EG vom 20. Juli 2001 und Art. 78 Abs. 2c bzw. Art. 80 des Vertrages über die AEUV.

Fehlen überzeugender Antworten auf die Migrationskrise, die konzeptionelle Orientierungslosigkeit und die Passivität der Berliner Regierung und der EU-Kommission irritierte viele Bürger. Dass ein Teil dieser Bürger bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt im Frühjahr 2016 dann die AfD in die Länderparlamente wählte, war nur eine der absehbaren Folgen.

Sieht man einmal von einigen speziellen zeitgeschichtlichen und rechtlichen Fragen ab, sind vier Jahre nach Beginn der Migrationskrise Fakten, Geschehensabläufe und politische Hintergründe im Großen und Ganzen bekannt, beschrieben und analysiert. Es bleibt jedoch ein Phänomen, das bis heute die Analytiker der Ereignisse in seinen Bann zieht: die Lähmung der Handlungsfähigkeit der deutschen Regierung in der Migrationskrise 2015/2017. Eine Lähmung, die mit Abstrichen bis heute andauert. Diese Lähmung resultiert aus einem Verlust an politischer Rationalität.

Der politische Rationalitätsverlust wiederum geht auf das Konto der kosmopolitisch- multikulturalistischen Orientierung bzw. einer kosmopolitischen Verunsicherung des politischen Spitzenpersonals. Im Jahrzehnt vor der Migrationskrise hatten sich die kosmopolitischen Strömungen in Politik, Medien und Wirtschaft zur quasistaatstragenden Ideologie der „Willkommenskultur“ verdichtet. Auch für die seit 2013 regierende Große Koalition aus CDU und SPD war sie handlungsleitend. In der Migrationskrise überlagerte sie die herkömmlichen Maßstäbe politischen Handelns. Statt vorrangig die Interessen ihres Landes zu verfolgen, irrlichterten die Regierenden durch den Herbst 2015. Der politischen Klasse war die Richtschnur rationalen politischen Handelns abhandengekommen.

Paradigmenwechsel

Deutschland und Europa durchzieht ein gesellschaftlicher Grundkonflikt. In diesem Grundkonflikt stehen sich traditionell-moderne und postmoderne Werte gegenüber. Charakteristische Bestandteile des postmodernen Wertesyndroms sind:

- a) eine radikal individualistische Auffassung vom Menschen;
- b) ein maximal weit gefasster Toleranzbegriff, der die Grundlage eines extensiven Werterelativismus ist;
- c) ein weitgespanntes Menschenrechtsverständnis, das Anspruch auf immer mehr Lebensbereiche erhebt, die bisher den Bürgerrechten vorbehalten waren. Zu diesem Menschenrechtsverständnis gehört eine Politik der Antidiskriminierung und der Positivdiskriminierung von Minderheiten, die als „Opfergruppen“ einen überhöhten moralischen Status genießen;
- d) zur postmodernen Werteagenda gehören die Genderideologie⁴ sowie die öffentliche Gleichstellung (fast) aller Formen sexueller Orientierungen oder aller Formen des Zusammenlebens außerhalb des traditionellen Familienmusters. Das prominenteste aktuelle Beispiel ist das Ringen um die Homoehe und das Adoptionsrecht für gleichgeschlechtliche Paare, das europaweit in Form eines Kulturkampfes ausgetragen wird;
- e) sprachlich repräsentiert wird das postmoderne Wertesyndrom durch eine eigene Ausdrucksform: die politisch korrekte Sprache.

4 Ein anschauliches Beispiel für den missionarischen Eifer der Genderideologie bei Wallasch 2018.

In ironischer Zuspitzung charakterisiert der Schweizer Schriftsteller Thomas Hürlimann das von postmodernen Werten geprägte Individuum so:

„Es ist der Toleranzler beziehungsweise die Toleranzlerin. Dieses Wesen ist areligiös, antifaschistisch, antikapitalistisch, ökofixiert, sozialistisch, homophil, feministisch, raucherfeindlich, ausländerfreundlich, multikulturell, aber der eigenen Kultur, der eigenen Geschichte gegenüber sterilisiert.“

(Müller 2017)

Dem postmodernen steht das traditionell-moderne Wertesyndrom gegenüber. Charakteristisch für dieses Wertesyndrom sind die Werte Freiheit, Gleichheit, Eigentum, Bildung, soziale Gerechtigkeit, Demokratie, Volkssouveränität, die klassischen Menschen- und Bürgerrechte, politische und soziale Grundrechte. Dazu gehören aber auch: Tradition, Staat, Heimat, Familie, Religion, Arbeit, Leistungsgedanke, Pflichtethik, die sogenannten Sekundärtugenden, die Gemeinschaftsbindung der Individuen, Gemeinschaftswerte wie Solidarität, Gemeinwohl, Altruismus. Besonders im traditionellen Werteverständnis bauen Staat und Gesellschaft auf „Solidarstrukturen wie Familie, Ehe, aber auch Religionsgemeinschaften“ (Jarasch 2014). Freiheit ist nicht absolut und bindungslos, sondern immer an gemeinschaftliche Werte gebunden.

Natürlich hat dieser gesellschaftliche Grundkonflikt auch eine im engeren Sinn politische Dimension. Sie kommt zum Ausdruck in einem politisch-ideologischen Gegensatz, der von einer kosmopolitisch-kommunitaristischen Konfliktlinie (Wolfgang Merkel) strukturiert wird. Dabei treffen kosmopolitisch-multikulturalistische und kommunitaristisch-demokratische Orientierungen aufeinander.

Kosmopoliten sehen Deutschland als multikulturelles Projekt. In der Einwanderungswelle der Jahre 2015/2017 haben sie die Chance erblickt, die demographisch-multikulturelle Umgestaltung des Landes zu einem „bunten Deutschland“ zu beschleunigen. Grundlage dafür ist ein gesellschaftspolitisches Programm, in dessen Rahmen sich unsere Gesellschaft „neu erfinden“ müsse (Katja Kipping). Ziel der Umgestaltung: die „Gemeinschaft der Verschiedenen“. Das „Bleiberecht für alle“ gilt dabei als Vorstufe zu einem allgemeinen Menschenrecht auf Einwanderung.

Der aus Wissenschaftlern bestehende „Rat für Migration“ z. B. möchte diese Neuerfindung damit beginnen, das „Deutschsein“ neu zu definieren. Gedacht ist an die Konstruktion eines „Deutschseins“, das keinen spezifischen kulturellen Gehalt mehr hat. Gewissermaßen deutsch sein ohne deutsch zu sein. Das Deutschland der Zukunft sei ein „postmigrantisches“ Unternehmen, das die Gestaltung der kulturellen und gesellschaftlichen Vielfalt zum Inhalt habe. Im Verhältnis von Einheimischen und Zuwanderern von einem „Wir“ und einem „Sie“ zu sprechen, habe keinen Sinn mehr. Es gehe nur noch um viele verschiedene, hybride Identitäten, die sich ständig individuell neu bilden, fortentwickeln, ändern und mischen (Mark Terkessidis). Das Ergebnis einer solchen Entwicklung ist etwas, was Thilo Sarrazin ein paar Jahre zuvor mit dem Satz „Deutschland schafft sich ab“ thematisiert hatte.

Auf der anderen Seite stehen diejenigen, die an der Vorstellung einer kulturell deutsch dominierten Gesellschaft festhalten. Deshalb lehnen Kommunitaristen die multikulturelle Gesellschaft ab und wollen eine kulturell relativ homogene Gesellschaft. Natürlich gibt es in der kulturell relativ homogenen Gesellschaft immer auch Menschen, die nicht zur dominierenden Kultur gehören. Die kulturell relativ homogene Gesellschaft ist folglich so etwas wie eine Farbtupfergesellschaft. Der Anteil der Menschen, die nicht zur dominierenden Kultur gehören, ist zwar mehr oder weniger sichtbar, aber insgesamt zu klein, um die kulturelle Dominanz der Mehrheitsgesellschaft infrage zu stellen. Unter den Bedingungen der Einwanderungsgesellschaft setzt das Modell der kulturell relativ homogenen Gesellschaft voraus, dass sich die Immigranten über kurz oder lang assimilieren und der Staat diese Assimilation fördert. Allerdings gilt in Deutschland schon der bloße Begriff der Assimilation als politisch kontaminiert. Die Auseinandersetzung über die Reichweite der Anpassung von Einwanderern an die Aufnahmegesellschaft wird daher unter dem Ersatzbegriff der Integration geführt. Da der Integrationsbegriff aber beliebig und damit eine Leerformel ist, geht auch der Integrationsdiskurs ins Leere.

Der kosmopolitisch-kommunitaristische Konflikt spaltet nicht nur die deutsche Gesellschaft und die Gesellschaften der einzelnen

europäischen Länder, er teilt West- und Osteuropa insgesamt. Kosmopolitische und kommunitaristische Vorstellungen unterscheiden sich im Hinblick auf ihre jeweilige gesellschaftliche Unterstützung. Während in Osteuropa Bevölkerung und Eliten überwiegend kommunitaristisch gesinnt sind, denkt die Mehrheit der intellektuellen, politischen, wirtschaftlichen und medialen Eliten in Deutschland kosmopolitisch. Sie sieht Deutschland als multikulturelles Projekt. Diese Sichtweise wird auch von einem stillschweigenden Grundkonsens der im Bundestag vertretenen Parteien gedeckt, sieht man einmal von der AfD ab. Die Anhänger des multikulturellen Projektes bestimmen nicht nur diesen Diskurs, es ist ihnen auch gelungen, ihre wissenschaftlichen und politischen Gegner zu marginalisieren oder, wie etwa Sarrazin, gesellschaftlich zu ächten. Dagegen sympathisiert eine Mehrheit der Gesellschaft mit einer diffus kommunitaristischen Vorstellung von Deutschland, in dem die deutsche Kultur auch in Zukunft den Kern der gesellschaftlichen Kultur des Landes ausmacht.

Die kosmopolitische Verunsicherung

Die deutsche Gesellschaft ist gespalten. Ein Großteil der Eliten und ein Teil der Gesellschaft haben eine kosmopolitisch-multikulturalistische Orientierung. Eine relative Mehrheit der Bürger dagegen scheint zumindest diffus kommunitaristisch zu denken. Diese Sicht ist natürlich unvollständig. Denn ein weiterer Teil der Bevölkerung steht den Problemen indifferent gegenüber. Und ein weiteres Phänomen entzieht sich einer präzisen Zuordnung. Bei Bürgern, aber auch Mitgliedern der Eliten, die keine dezidiert kosmopolitische Orientierung hatten, war so etwas wie eine kosmopolitische Verunsicherung zu beobachten. Dieses Phänomen gehörte zu den charakteristischen sozialpsychologischen Begleitumständen der Migrationskrise von 2015. Die politisch-medialen Eliten, soweit sie nicht schon kosmopolitisch dachten, aber auch große Teile der Gesellschaft verhielten sich nämlich widersprüchlich. Eine typische Kostprobe dazu lieferte am 8. Dezember 2016 die von Maybrit

Illner moderierte Talkshow „Flüchtlinge unter Verdacht – Willkommenskultur am Ende?“ Die Talkshow bot ein anschauliches Beispiel für den klassischen Topos von der „Abschiebung der Falschen“. Das Fernsehgespräch zeigte die Wirkungsweise der kosmopolitischen Verunsicherung, die auf den Einfluss gesinnungsethischer Argumente im öffentlichen Diskurs zurückgeht. Besonders machtvoll ist dieser Einfluss immer dann, wenn sich die gesinnungsethischen Argumente in verantwortungsethischer Aufmachung präsentieren.

Die Teilnehmer der Talkrunde waren ein ziemlich repräsentativer Querschnitt des damals im Bundestag vertretenen politischen Spektrums. Die nordrhein-westfälische Ministerpräsidentin Hannelore Kraft, der Freiburger Oberbürgermeister Dieter Salomon, der Polizeigewerkschaftler Rainer Wendt, der Generalsekretär der sächsischen CDU, Michael Kretschmer, und Emitis Pohl, die als Unternehmerin, CDU-Mitglied und Pflegemutter eines afghanischen Flüchtlingsjungen vorgestellt wurde, waren sich an diesem Abend weitgehend einig. Gesprochen wurde über Menschen nichtdeutscher Herkunft, die ihr Aufenthaltsrecht verloren haben, etwa weil ihnen von Rechts wegen keine Verlängerung ihres Aufenthalts zustand oder weil sie sich einen weiteren Aufenthalt durch einschlägige Straftaten selbst verscherzt hatten.

In diesem Talk kamen fast alle Denkfiguren gesinnungsethischen Argumentierens zum Einsatz. Kern gesinnungsethischer Argumente ist es, die Legitimität rechtstaatlich einwandfreier Entscheidungen mit moralischen Argumenten zu bestreiten. Gesinnungsethische Positionen bezweifeln, dass die bloße Rechtmäßigkeit von belastenden Verwaltungsentscheidungen ausreicht, um diese Entscheidungen auch moralisch zu rechtfertigen. Für viele Gesinnungsethiker ist die Berufung auf rechtliche Argumente an sich schon moralisch verdächtig, es sei denn, die Argumente fallen zugunsten der betroffenen Migranten aus, wie rechtswidrig das Ergebnis dann auch immer sein mag.

Ohne sich über Gebühr mit juristischen Feinheiten aufzuhalten, kam die Runde zu dem Ergebnis, dass sich die Republik mit den angeblich widersinnigen Wirkungen von Gesetzen herumschlage, die sein Parlament allerdings zuvor selbst beschlossen hat. Speziell beklagte die Runde die Unmöglichkeit, kriminelle Nordafrikaner abzuschieben, weil